

167
Flugschriften zur Revolution

Die Postegarde

Von Ernst Heilmann

178-178

Reichszentrale für Heimatsdienst

Rednerreferat H. 8

Berlin W. 35

Potsdamerstr. 41.

DGB - BV
Bücherei
A
K
O
5719

Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

1919 Z



A/K 0-5719

I. Der Boykott-Zeldzug.

Gegen die Freiwilligentruppen geht eine starke Empörung durch die Arbeiterklasse. Die Freiwilligen werden als weiße Garde der Reaktion betrachtet und mit den schärfsten Mitteln bekämpft. In tausenden gewerkschaftlichen und politischen Zusammenkünften ist der Beschluß durchgesetzt worden, jeden, der nach dem 1. Mai 1919 noch im Freiwilligenheere, in der Reichswehr bleibt, für alle Zukunft zu boykottieren und nicht wieder in den Betrieb hereinzulassen, jede Zusammenarbeit mit ihm abzulehnen, ihn zu „meiden wie die Pest“. Ueber den Kreis der Kommunisten und Unabhängigen hinaus betrachtet auch die sozialdemokratische Arbeiterklasse die Freiwilligen mit großem Mißtrauen und Mißbehagen. Ihre straffe militärische Zucht macht sie verdächtig, daß sie gegebenenfalls ein brauchbares Werkzeug in der Hand machtlüsterner Militaristen sein könnten; ihre schweren Ausschreitungen und groben Mißgriffe lassen sie auf der anderen Seite als eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit erscheinen. Die alte, wohlbegründete Abneigung des Volkes gegen den ganzen militärischen Apparat, der Abscheu vor dem Blutvergießen und Menschenmorden verstärken die feindselige Stimmung gegen die Reichswehr. Nicht wenige mehrheitssozialistische Arbeiter empören sich bei dem Gedanken, daß nun auch die Regierung, in der die Sozialdemokratie den stärksten Einfluß hat, Gewaltpolitik treibe, einen neuen Militarismus großzüchte und mit dem Belagerungszustande regiere, wie früher die alten Esel der Reaktion. Mißtrauen und Unwille haben tief gefressen: das bloße Erscheinen von Regierungstruppen genügt z. B. in Jena, um die dortigen Sozialdemokraten zu veranlassen, einen Generaistreif mitzumachen und sich mit den Unabhängigen und Kommunisten zu einer „Vereinigten sozialistischen Partei“ zu verschmelzen. Unter diesen Umständen erscheint es wohl angebracht, einmal gründlich zu untersuchen, ob die Regierung in den militärischen Dingen auf dem richtigen Wege ist und wie ein überzeugter Sozialdemokrat zur Freiwilligen Reichswehr stehen muß.

II. Die richtige Kriegspolitik.

Um die Dinge richtig zu würdigen, muß man vor allem prüfen, wie es dazu gekommen ist. Während des ganzen Weltkrieges hat die Sozialdemokratie den Arbeitern geraten, ihre beste Kraft dafür einzusetzen, daß Deutschland nicht besiegt werde, die feindliche Invasion und die Niederlage von sich abzuwehren. Diese Politik ist von einer Minderheit zuerst im Rahmen der Partei, dann in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei erbittert bekämpft worden.

Die Unabhängigen vertraten in ihren parteiamtlichen Erklärungen und Aufrufen die folgenden beiden Grundgedanken:

1. Deutschlands Stellung sei infolge des Eindringens tief in die feindlichen Lande so übermächtig, daß die Gefahr einer Niederlage überhaupt nicht mehr drohe. Nur um der deutschen Eroberungsziele willen, die unerreichbar seien, werde der Krieg ins Endlose verlängert.

2. Nur die deutsche Reaktion und der preußische Militarismus hinderten einen ehrlichen und raschen Friedensschluß. Wenn Deutschland die besetzten Gebiete räumte und ehrlich demokratisch würde, wären die Feinde an jedem Tag zum Friedensschluß bereit. Sollten aber selbst die feindlichen Staatsmänner dann ihrerseits auf Eroberungen ausgehen, so würden die Völker sie daran hindern. Die Weltrevolution würde dann allem Imperialismus den Garaus machen.

Beide Lehren waren falsch. Die Unabhängigen haben während des ganzen Krieges (d. h. seitdem sie 1915 oder 1916 zu diesem Standpunkt durchgedrungen waren) wissenschaftlich oder unwissenschaftlich das Volk belogen und betrogen. Die Gefahr der Niederlage war von Deutschland nicht abgewehrt, das Ziel der Landesverteidigung nicht erreicht, sondern die Gefahr der Zerschmetterung durch die Feinde im Gegenteil fast von Monat zu Monat größer geworden. Und die feindlichen Staatsmänner dachten nicht daran, einem demokratischen Deutschland, das Garantien für seine Friedfertigkeit bot, den ehrlichen Frieden einzuräumen, sondern verfolgten mit brutaler Hartnäckigkeit ihre weitgesteckten Raubziele. Die Art, wie Deutschland in den letzten sieben Monaten seit seiner Waffenstillstandsbitte an den Präsidenten Wilson behandelt worden ist, ist der überwältigende Beweis dafür, daß die ganze Theorie der Unabhängigen von A bis Z verkehrt gewesen ist, daß sie die tatsächlichen Verhältnisse ganz falsch eingeschätzt haben. Und die Sozialisten oder andere ehrliche Friedensfreunde in den feindlichen Ländern haben nicht im entferntesten die Macht entfalten können, die notwendig gewesen wäre, um ein waffenloses Deutschland vor Beraubung und Versklavung zu schützen. Das Schicksal, das Deutschland jetzt erleidet, ist der beste Beweis dafür, wie recht die Sozialdemokratie hatte, als sie die Notwendigkeit der Landesverteidigung auch für die deutschen Arbeiter betonte und durch ihre Taten bekräftigte. Heute zittern gerade die Unabhängigen vor dem feindlichen Einmarsch, den sie vier Jahre lang als bedeutungslos hinstellten. Heute weiß das ganze Proletariat, daß die Niederlage niemanden schwerer getroffen hat als die Arbeiter, als den deutschen Sozialismus.

Der Uebermut und die Unvernunft der früheren Beherrscher Deutschlands hat es dahin gebracht, daß der deutsche Widerstand schließlich aussichtslos wurde, obwohl die ungeheuere Mehrheit der arbeitenden Klassen an der Front und in der Fabrik Uebermenschliches für die Verteidigung des Landes leistete. Die Militaristen Deutschlands verfolgten auch ihrerseits wüste Eroberungspläne und glaubten, alles mit der rohen Gewalt erreichen zu können. Sie begriffen nicht, daß

man dem Volke, welches die größten materiellen Entbehrungen auf sich nehmen mußte, wenigstens Freiheit hätte geben müssen, um die Widerstandskraft aufrecht zu erhalten. Höhnend verschleppten und verhandelten die Junker eine Wahlrechtsvorlage nach der anderen, rücksichtslos eigennützig verweigerten sie dem Volke die Gleichberechtigung. Und nach außen waren sie toll wie im Inneren. Sie wollten nicht einsehen, welche große Bedeutung im Kriege auch die moralischen Faktoren haben, wie aussichtslos der Kampf gegen die ganze Welt schließlich werden mußte, wenn nicht die Ehrlichkeit und Geradheit unseres Friedenswillens auch den Arbeitern in den feindlichen Ländern einen Antrieb gab, ihre sehr schwache Aktion für den Frieden allmählich zu verstärken. Grobe strategische Irrtümer und Fehler kamen hinzu — seit dem Juli 1918 war der Krieg für Deutschland verloren, seine rascheste Liquidation das Gebot der Stunde. Die Sozialdemokratie schickte Scheidemann in das Kabinett zu dem einzigen Zweck und mit dem einzigen Auftrag, daran mitzuhelfen, daß sofort Friede geschlossen werde. Noch ehe das Kabinett des Prinzen Max vollständig gebildet war, wurde die Friedensbitte an den Präsidenten Wilson in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober abgesandt. Es dauerte bis zum 11. November; ehe der Waffenstillstand tatsächlich abgeschlossen wurde. Während der Waffenstillstandsverhandlungen deuteten die Feinde mehrfach an, daß sie mit den Verantwortlichen für die Kriegserklärung nicht sprechen wollten. Gleichwohl klammerte sich Wilhelm II. an seinen Thron und wollte unter keinen Umständen abdanken, blieb sogar dann noch Neben, als die sozialdemokratische Fraktion durch Scheidemann in den ersten Novembertagen ihm ein Ultimatum stellte, sofort auf die Kaiserwürde zu verzichten oder ihren Austritt aus der Regierung und ihren Appell an das Volk zu gewärtigen. Die fremden Mächte hatten weiter darauf hingewiesen, daß sie nur dann mit Deutschland ein Abkommen schließen würden, wenn das deutsche Volk sich selbst regiere. Gleichwohl wurden die dringend notwendigen Reformen verschleppt, und das Hauptquartier, das ursprünglich erklärt hatte, der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen, das auf raschesten Kampfschluß gedrängt hatte, um einer Katastrophe vorzubeugen, nahm während der Verhandlungen wiederholt eine so zweideutige Haltung an, daß die Massen an der Festigkeit des Friedenswillens der Machthaber irre wurden. Entschlossen, den aussichtslosen Kampf nicht unnütz fortzusetzen, erhob sich daher das Volk und beseitigte am 9. November mit leichter Mühe das moralisch zusammengebrochene alte Regime, das sich nirgends mehr ernsthaft zur Wehr zu setzen wagte.

III. Das Verdienst an der Revolution.

Wer hat die Revolution gemacht? In erster Reihe ist sie eine Folge der Niederlage gewesen. „Gemacht“ ist sie überhaupt nicht worden. Wenigstens nicht in dem Sinne, daß eine Partei sie planmäßig vorbereitet, organisiert und durchgeführt hätte. „Ich drohe nicht mit der Revolution, ich fordere nicht dazu auf, weil ich weiß: Revolutionen können nicht gemacht werden; sie kommen, wenn ihre

Vorbefingungen erfüllt sind," hatte am 6. Dezember 1917 der unabhängige Parteiführer Ströbel wahrheitsgemäß im alten preussischen Abgeordnetenhaus erklärt. Das Feuer der Revolution flackerte, als dem Volke das Unglück bewußt wurde, in welches die alten Machthaber es gestürzt hatten, spontan überall in Deutschland auf, wo in den Novembertagen ein an sich meist unbedeutender örtlicher Vorfall das Faß des Volkzorns zum Ueberlaufen brachte. Von Kiel sprang der revolutionäre Funke nach München, von München nach Frankfurt, von Frankfurt nach Berlin. Kiel, als Bannerträger der deutschen Revolution, ist stets und noch heute ganz überwiegend mehrheitssozialistisch gewesen. Die Kieler Matrosen, die Vorlämpfer der Umwälzung, wählten sich am dritten Tage des siegreichen Aufstandes Gustav Noske zum Gouverneur von Stadt und Hafen Kiel. Wären sie überzeugte Unabhängige gewesen, hätten sie nur irgendwie unter dem Einfluß der unabhängigen Propaganda gestanden, dann hätten sie sich lieber den Teufel zum Führer anserkoren als gerade den ausgeprägtesten Vertreter der mehrheitssozialistischen Anschauungen, der Gustav Noske stets gewesen ist. In München brach der Sturm im Anschluß an eine Demonstrationsversammlung los, die gemeinsam von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen veranstaltet worden war. In Berlin hatte die Sozialdemokratie alles aufgeboten, um die Revolution noch einige Tage zurückzuhalten. Noch am 8. November hatte der „Vorwärts“ vor unüberlegten Putschern gewarnt, hatten Ebert und Scheidemann die Berliner Fabrikvertrauensleute beschworen, ihre Kollegen in der Werkstatt wenigstens bis zum 9. November, mittags 12 Uhr, in den Fabriken zurückzuhalten. Die Partei ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, daß binnen wenigen Stunden die Nachricht vom abgeschlossenen Waffenstillstand eintreffen sollte. Erzberger war mit den Vollmachten der kaiserlichen Regierung längst beim Marschall Foch im Walde von Compiègne, und jede Minute erwartete man seine Depesche, daß er unterzeichnet hätte. Erfolgte aber inzwischen die Umwälzung, so bestand die Gefahr, daß die Feinde sich auf den Standpunkt stellten, die alten Vollmachten des überwundenen Systems hätten keine Gültigkeit mehr, und die neue Regierung sei noch nicht anerkannt. Dann wäre das große Massenmorden an den Fronten weitergegangen und Zehntausende hätten ihr Leben dafür lassen müssen, daß den alten Gewalten nicht noch ein paar Stunden Frist gegeben worden waren. Erst Waffenstillstand — dann Revolution! war der Leitgedanke und der Rehrim in allen Reden der Parteiführer, in allen Aufsätzen des „Vorwärts“ noch am 8. November. Die Unabhängigen hatten ursprünglich schon am 4. November in Berlin loszuschlagen wollen, aber auf dringendes Abraten von Haase schließlich den 11. November als Termin für den Beginn des revolutionären Massenstreiks festgelegt. Sie wurden von der Bewegung, die am Morgen des 9. November losbrach, genau so überrascht wie die Mehrheitssozialisten. Auch die Waffenkäufe, die Emil Barth und einige seiner Freunde hauptsächlich mit russischem Gelde seit dem Januar 1918 vorgenommen hatten, spielten für den Ausbruch und den Sieg

der revolutionären Erhebung keine Rolle. Erst in den Nachmittagsstunden des 9. November gingen die Verwalter dieser Waffenvorräte an, ihre Schätze auszuteilen, aber da hatte das Volk längst gesiegt. Und es hätte dieser Waffen auch gar nicht bedurft, da Scheidemann im Kabinett bereits am frühen Morgen des 9. November durchgesetzt hatte, daß dem Militär jeder Waffengebrauch, jeder bewaffnete Widerstand untersagt wurde. Die Waffenausteilung am Nachmittag nach dem Siege der Revolution an Waffenkundige und Waffenunkundige, Vertrauenswürdige und Gewissenlose führte nur zu vielen zwecklosen Schießereien und unnützem Blutvergießen. Wenn am unblutigen Sieg der Revolution ein Mann ein besonderes Verdienst hat, dann ist es Philipp Scheidemann!

Trotz aller Mahnungen der Führer, noch einige Stunden zu warten, brach der Aufstand mit Naturgewalt aus den Tiefen der Volksseele selbst hervor. Am frühen Morgen des 9. November entschlossen sich als erste Berliner Truppe die Naumburger Jäger, dem alten kaiserlichen Regime den Gehorsam aufzusagen, und schickten eine Deputation zum sozialdemokratischen Parteivorstand nach der Lindenstraße 3, um sich ihm zur Verfügung zu stellen. Unmittelbar danach ging Otto Wels in die Kaserne der Matkäser und des Alexanderregiments und gewann auch diese Truppen durch eine kräftige Ansprache für die Sache der Freiheit. Gleichzeitig waren die Arbeiter einer Anzahl von Rüstungsfabriken, vor allem Schwarztopf, auf die Straße gegangen — diese meistens Unabhängige — und hatten die nächstgelegenen Kasernen besetzt. Der letzte kaiserliche Kanzler, Prinz Max, dankte ab und gab die Regierungsgewalt in die Hände des Genossen Ebert. Aber tatsächlich hatte er nichts mehr zu vergeben, die einzige Macht, die in Deutschland noch etwas bedeutete, war das siegreiche Proletariat selber. Die Staatsgewalt war am 9. November niemandes Land. Die alten Gewalten waren zusammengebrochen, die neuen noch nicht gebildet. Die Ministerportefeuilles und sonstigen maßgebenden Stellen lagen gleichsam auf der Straße. Wer auf die Revolution vorbereitet gewesen wäre und rasch zugepackt hätte, hätte am 9. November alles haben können. Tatsächlich aber waren alle Parteien eben durch den Drang der Ereignisse überwältigt und mit fortgerissen, und niemand war entschlossen genug, sich rasch anzueignen, was er wollte.

Diese Tatsachen beweisen wohl zur Genüge, daß es ganz falsch ist, die Revolution als das Werk der Unabhängigen hinzustellen. Sie war überhaupt nicht das Werk einer Partei, am wenigsten einer solchen, die auch Wochen und Monate später nach einer heftigen, mit allen Mitteln betriebenen Agitation noch keine zehn Prozent der Wählerschaft um sich zu scharen vermochte. Die Revolution war das Werk der deutschen Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit.

Die sozialdemokratische Partei war die erste, welche die volle Besinnung wiederfand und die Ereignisse planmäßig zu lenken versuchte. Wie Scheidemann bereits am Vormittag des 9. November vom Balkon des Reichstags aus die demokratisch-sozialistische Republik proklamiert hatte, so trat die Sozialdemokratie bereits an diesem

Lage mit beiden Füßen auf den Boden der vollzogenen Tatsache. Sie sandte einen Vertreter über den anderen zum Parteivorstand der Unabhängigen — Eugen Ernst allein ging nicht weniger als zweimal hin — um diesen vorzustellen, daß der alte Streit um die Kriegspolitik nun gegenstandslos geworden sei, daß zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften eine rein sozialistische Regierung nottäte, die alle Richtungen der Arbeiterbewegung umschloffe und daß es an der Zeit sei, die Einheit der proletarischen Front wieder herzustellen. Die Unabhängigen konnten sich nicht entschließen. Sie sagten nicht nein, sie sagten nicht ja, sie schoben die Entscheidung immer wieder hinaus, sie boten um immer neue Fristen. So ging der 9. und 10. November vorüber, und die neue Regierung war noch immer nicht gebildet, als am Nachmittag des 10. November die erste Volksversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch zusammentrat. Auch dort waren die Unabhängigen noch keineswegs entschlossen und bereit, eine gemeinsame paritätische Regierung mit der Sozialdemokratie zu bilden. Mindestens forderten sie im Vollzugsrat ein großes Uebergewicht für sich und ließen sich davon nur ganz allmählich etwas herunterhandeln. Es bedurfte des geschlossenen und entschlossenen Auftretens der Soldaten, damit schließlich überhaupt etwas zustande kam. Die Soldatenräte ließen durch Brutus Mollenbaur verkünden, daß, wenn die Einigung auf paritätischer Grundlage nicht sofort zustande käme, sie selbst die Regierung einsetzen würden, unbekümmert um Willen und Streit der Parteien, und ihre drohenden Gewehre zeigten die Macht, diesen Entschluß auch in die Tat umzusetzen. Da endlich gaben die Unabhängigen nach: sie sandten zu Ebert, Scheidemann und Lautsberg die Haase, Wittmann und Barth in das Kabinett der sechs Volksbeauftragten und ließen den Vollzugsrat zur Hälfte aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammensetzen. Aber sie taten es nur knirschend, widerwillig und im tiefsten Grunde enttäuscht. Denn ihnen war es nicht so sehr auf das Neue, Große angekommen, das nun geschaffen werden sollte, die sozialistische Volksrepublik, als vielmehr auf die Abrechnung über die Vergangenheit mit den „Regierungssozialisten“, den „Scheidemännern“, denen sie den vermeintlichen Verrat an den Arbeiterinteressen während der Kriegszeit gründlich hatten heimzahlen wollen.

IV. Behaltet die Waffen!

Karl Liebknecht und die Spartakusgruppe, die damals noch einen Teil der unabhängigen Sozialdemokratie bildeten, lehnten denn auch den Eintritt in die Regierung ab. Schon am 10. November verkündete die „Rote Fahne“, in die der „Berliner Sozialanzeiger“ damals umgewandelt war, in einem Aufruf an die Arbeiter und Soldaten von Berlin als ihr politisches Ziel:

„Es darf kein „Scheidemann“ mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die Euch vier Jahre lang verraten haben.“

Und auch über die Kampfmittel gegen die Mehrheitssozialisten war sich die Spartakusgruppe bereits vollständig im Klaren. „Alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen“, rief der Leitartikel den siegreichen Revolutionären zu. Im Gegensatz zu einem Aufruf Eberts, der zur Abwendung von Bürgerkrieg und Hungersnot aufforderte, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Straße zu verlassen, schrieb die „Rote Fahne“ — alles schon am 10. November —: „Wir fordern im Gegenteil dazu auf, nicht die Straßen zu verlassen, sondern bewaffnet zu bleiben und in jedem Augenblick auf der Hut zu sein.“ So war die Taktik des Spartakusbundes festgelegt. Er proklamierte den schärfsten Kampf gegen die Revolutionsregierung der Volksbeauftragten und zeigte sich von vornherein entschlossen, ihn mit den Mordwaffen in der Hand auszutragen.

In der Tat gaben denn auch die mehrheitssozialistischen Kämpfer des 9. November, soweit sie nicht Soldaten waren, in den nächsten Tagen ihre Waffen gern dorthin zurück, woher sie sie genommen hatten. Sie liebten die Mordinstrumente nicht, wollten sie nicht zu Hause haben, dort, wo ihre Familien lebten, wo sie ihre Kinder erzogen, fühlten sich in ihrer Grundanschauung von der Hochachtung des Menschenlebens durch den Besitz von Instrumenten zur Menschen-tötung beeinträchtigt. Die Anhänger der Spartakusgruppe und ein großer Teil der Unabhängigen sammelte aber die Waffen und stapelte sie auf, um sie jederzeit als politisches Mittel zur Verfügung zu haben.

Die militärische Macht seiner Anhänger zu vermehren war die Hauptforge des Spartakusbundes in den kommenden Wochen. Mit dem größten Eifer organisierten die Spartakisten ihren Roten Soldatenbund, eine Sonderorganisation Bewaffneter, zum Zwecke eines gewalt-samen Umsturzes. Es ist charakteristisch, daß die „Rote Fahne“ in den Monaten November und Dezember nur über drei Betriebsversammlungen berichtet, in denen Karl Liebknecht gesprochen hatte: zweimal bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken und einmal bei den Artilleriewerkstätten in Spandau. Die Versammlungen unter freiem Himmel und die Umzüge, die der Spartakusbund organisierte, wurden sehr bald zu bewaffneten Demonstrationen. Voran schritten mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstet die Anhänger des Roten Soldatenbundes. Dann folgten die Automobile mit den aufmontierten Maschinengewehren. Je größer deren Zahl wurde, desto stolzer schritten die Spartakisten dahin. Was geschehen mußte, geschah. Wer mit so „friedlichen“ Mitteln der Ueberredung arbeitet, darf sich nicht wundern, wenn sich bald blutige Zusammenstöße ereignen.

V. Die ersten Bluttage.

Nach dem raschen, glänzenden, mit den geringsten Menschenopfern errungenen Siege der Revolution floß bereits Ende November wieder Blut. Im Anschluß an eine Anzahl Spartakistenversammlungen zog eine Demonstration vor das Polizeipräsidium, in dem damals

der den Spartakisten nahestehende Unabhängige Eichhorn regierte, und erschöß einen Sicherheits Soldaten. Der 6. Dezember war der zweite Bluttag. In Verbindung mit einigen verrückten Reaktionen, jungen Leuten aus dem Auswärtigen Amt, und einem schon während des Krieges als tobsüchtig bekannten Amerikaner namens Mertens inszenierte der Soldatenrat Spicco, der später während des ersten Rückongresses auf Seiten der Liebknechtianer die führende Rolle spielte, eine bewaffnete Demonstration vor der Reichskanzlei, ließ den Vollzugsrat verhaften und forderte Ebert auf, sich zum Präsidenten der Deutschen Republik ausrufen zu lassen. Ebert blieb auch dem bewaffneten Haufen gegenüber bei einer ruhigen und gemessenen Zurückhaltung. Er sorgte für die sofortige Befreiung des Vollzugsrats und erklärte, sich die Frage der Präsidentschaft erst mit seinen Freunden im Kabinett überlegen zu müssen. Damit war er an sich nicht sehr ernst zu nehmende Putsch erledigt. Aber die Nachricht davon hatte einige zufällig (?) gerade tagende Spartakusversammlungen der Frontsoldaten, Urlauber und Deserteure in die größte Erregung versetzt. Sie veranstalteten ihrerseits eine bewaffnete Gegendemonstration, die ihnen als friedlicher Spaziergang von ihrem Eichhorn genehmigt worden war, ohne daß dieser indessen die Kommandantur und die Soldatenräte davon in Kenntnis gesetzt hätte. So fanden die Demonstranten die Chausseestraße an der Ecke der Invalidenstraße abgesperrt, und als sie den Durchzug zu erzwingen versuchten, kam es zu einem Feuergefecht. Die Truppe, die von den Matkältern gestellt war, ist bei der Befundung geblieben, daß sie erst Feuer gegeben hätte, nachdem auf sie geschossen worden sei. Auch unabhängige Vollzugsratsmitglieder wie Herr Wegmann haben das bestätigt und nur die unwahrscheinliche Behauptung aufgestellt, daß die ersten Schüsse aus der Menge von Lockspiegeln herrührten. Was nicht nachzuprüfen ist. Jedenfalls war die Kommandantur und der damalige Stadtkommandant Otto Wels an den Ereignissen gänzlich unbeteiligt. Er hatte niemals den Befehl zum Schießen gegeben, ihn traf für den Zusammenstoß keine Verantwortung. Gleichwohl benutzte der Spartakusbund diesen traurigen Zwischenfall zu einer schrankenlosen, wüsten Hege gegen Wels, dessen Anwesenheit in der Kommandantur ihn in seinen Gewaltplänen störte. Unausgesetzt zogen die Spartakusdemonstrationen vor das Gebäude der Kommandantur, und schon am 15. Dezember drangen die Demonstranten in die Kommandantur ein, um über Wels Gericht zu halten, fanden ihn aber nicht. Auch vor die Reichskanzlei zog Liebknecht mit seinen Anhängern wiederholt in stark bewaffnetem Aufzug, insbesondere am Tage der Besetzung der Opfer des 6. Dezember.

In heftigem Wortgefecht mit dem Volksbeauftragten Emil Barth, den er den größten Hanswurst der Revolution nannte, stieß Liebknecht wüste Drohungen gegen die Regierung aus; die revolutionären Proletarier Berlins — als solche erkannte er nur seine Anhänger an — hätten die Macht gezeigt, das ganze Nest auszunehmen und würden es eines Tages tun, wenn die Zeit dazu gekommen sei.

Während der Spartakusbund so mit aller Macht aufrüstete, war die Regierung nur auf schnelligste Abrüstung des ganzen Heeres bedacht. Die Soldaten, und gerade die vernünftigsten und anständigsten unter ihnen am meisten, drängten nach dem langen Kriege nach Hause, und die Regierung bestärkte sie darin. Die Fronttruppen, deren Annäherung an Berlin am 10. Dezember die Spartakisten zu einer gewaltsamen Aufregung der Bevölkerung mißbraucht hatten, — „die Gegenrevolution marschiert ein!“ — wurden feierlich empfangen und dann so rasch wie möglich nach Hause entlassen. Auch sonst gab sich die Regierung nicht die geringste Mühe, ihre bewaffnete Macht zu stärken oder zu vermehren; sie verließ sich ganz auf die Einsicht und den gesunden Sinn der Volksmassen.

Es stellte sich bald genug heraus, daß eine kleine Minderheit entschlossen war, sich mit allen Mitteln der Gewalt auch über den Volkswillen hinwegzusetzen. Zum erstenmal trat dieses deutlich in Erscheinung in dem Streite zwischen der Regierung und der Volksmarine division. Die Volksmarine division hatte sich auf Wunsch der Regierung selbst in den ersten Tagen der Revolution als zuverlässige revolutionäre Schutztruppe unter dem Kommando eines Grafen Metternich gebildet. Später war die Führung auf den ehemaligen Leutnant Dorrenbach übergegangen, der wegen schlechter Streiche aus dem Heere ausgestoßen worden war. Die Volksmarine division hatte Quartiere in Schloß und Marstall bezogen. Dort wurden während der Zeit ihrer Besetzung Riesendiebstähle und Massenplünderungen verübt. Eine Kontrolle durch das preußische Finanzministerium, welches die Aufsicht über dieses zugunsten des ganzen Volkes beschlagnahmte Gebäude führte, ergab Mitte Dezember das Verschwinden von Gegenständen aller Art im Werte von über zwei Millionen Mark. Abendlich legten an der Wasserseite des Schlosses die Rähne der Schäleihändler an und schleppten das der Volksgesamtheit gestohlene Gut in großen Ladungen davon. Die beiden Finanzminister, der Unabhängige Simon und der Mehrheitssozialist Dr. Südekum, forderten deshalb wiederholt und eindringlich, daß Marstall und Schloß geräumt würden — die preußische und die Reichsregierung schlossen sich dem Verlangen an. Die Matrosen zeigten sich erst dem Gedanken der Räumung abgeneigt, ließen sich aber schließlich in langen Verhandlungen doch dazu bewegen. Es wurde ihnen eine Erhöhung der Löhnung um 85 000 Mark, ein anderes gutes Quartier und dauernde Indiensthaltung versprochen, damit sie in Gutem aus dem Schloß herausgingen. Die Vereinbarung kam zustande, aber es entstand nachträglich ein neuer Streit darüber, ob die 85 000 Mark vor oder nach der Räumung gezahlt werden sollten. Die Matrosen besetzten, von Dorrenbach aufgehetzt, vorübergehend die Reichskanzlei und sperreten die Volksbeauftragten eine Stunde lang vom Verkehr mit der Außenwelt ab. Erst als andere Truppenteile heranrückten, standen sie von ihrem verbrecherischen Unternehmen gegen die Volksregierung ab. Die Regierung hätte an diesem 23. Dezember die aufständischen Matrosen glatt zusammenschießen lassen können, wenn sie gewollt

hätte. Aber sie blieb dabei, das Neueste zu versuchen, um einem blutigen Konflikt vorzubeugen. Unter Eberts eigener Vermittlung gewährten die Truppen den Matrosen freien Abzug mit Waffen, und die Regierung wies Wels an, die 85 000 Mark auszuzahlen, um allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen. Wels erklärte sich den Matrosen gegenüber bereit, die Summe herauszugeben. Inzwischen aber hatte Dorrenbach die Volksmarinedivision zu verleiten gewußt, daß sie die Räumung von Schloß und Marstall überhaupt verweigerte. Er produzierte einen angeblich zwischen ihm und den beiden Finanzministern geschlossenen Vertrag, wonach die Regierung darauf verzichtete. Dieses Instrument war von Dorrenbach selbst aufgesetzt — die Unterschriften der beiden Finanzminister darunter waren gefälscht. Aber es genügte, um die Matrosen aufs Neueste gegen Wels zu erregen, der auf der Räumung des Schlosses bestand. Sie verhafteten den Stadtkommandanten Wels, seinen Adjutanten, den parteigedönschten Leutnant Fischer und den Intendanturrat Dr. Bongard. Schon auf dem Wege nach dem Marstall wurden die drei Gefangenen mißhandelt, besonders schwer Wels. Seine Marterung und Bedrohung ging dann vom Abend des 23. Dezember bis zum Morgen des 24. Dezember ununterbrochen weiter. Man riß ihm sämtliche Kleider vom Leibe, bis er im bloßen Hemde dastand, und schlug ihm die Stiefel mit dem Kolben in Fetzen von den Füßen. Man stellte ihn alle paar Stunden an die Wand mit der Drohung, daß nun sein letztes Stündlein geschlagen habe und daß man ihn erschießen werde. Alle Bemühungen um die Befreiung der Verhafteten, alle Verhandlungen blieben ergebnislos. In der Nacht teilte Kadtkle, der mit Dorrenbach die Führung der Volksmarinedivision hatte, der Regierung mit, daß er nicht länger für das Leben von Wels einzustehen vermöchte. Daraufhin gaben die in der Reichskanzlei anwesenden drei Volksbeauftragten Ebert, Landsberg und Scheidemann den Truppen den Befehl, Wels mit Gewalt zu befreien. Am Morgen des 24. Dezember rückte eine Abteilung der Garde-Kavallerie-Schützendivision — Generalkommando Lequis — vor den Marstall und forderte bedingungslose Räumung. Als sie abgelehnt wurde, wurde die Beschießung des Marstalls mit Artillerie angeordnet. Erst unter der Wirkung des Geschützfeuers gaben die Matrosen endlich Wels und Bongard frei. Sie erbaten neue Verhandlungen über ihren Abzug. Aber während diese geführt wurden, griff der Polizeipräsident Eichhorn ein. Er machte die Spartakisten und Unabhängigen der Firma Schwarzkopff persönlich mobil und beorderte sie nach dem Polizeipräsidium, wo inzwischen ein großes Waffenlager aufgehäuft worden war. Dort wurden noch vor Mittag des 24. Dezember ungefähr 1500 Arbeiter zum Kampfe gegen die Regierungstruppen ausgerüstet. Zugleich zog Eichhorn, der auch während seiner Tätigkeit als Polizeipräsident sein Gehalt (1500 Mark monatlich) von der bolschewistischen Russischen Telegraphen-Agentur (Kofka) weiterbezog, die Sicherheitswehr zurück, welche den Kampfplatz absperrete. So konnte das sehr zahlreiche Publikum sich an die Soldaten herandrängen, und da diese nicht auf Frauen und Kinder schießen wollten,

konnten sie den Kampf überhaupt nicht fortsetzen. Sie zogen sich zurück, einzelne Truppenteile wurden abgeprengt und entwaffnet, die Offiziere ins Polizeipräsidium geschleppt, dort furchtbar verprügelt und erst am Abend wieder freigelassen. Es kam schließlich zwischen Regierung und Volksmarinedivision eine Vereinbarung zustande, in der die Regierung den Wünschen der Matrosen weit entgegenkommen mußte. Sie hatte eine offenbare Niederlage erlitten, und die letzten Truppenbestände, über die sie noch verfügt hatte, waren nunmehr auch nicht länger kampffähig.

VI. Die Unabhängigen verlassen die Regierung.

In diesem Augenblick traten die Unabhängigen aus der Regierung aus. Sie nahmen zum Vorwand, daß sie die Beschießung des Marstalls mit Artillerie mißbilligen müßten. In Wahrheit war dies eine saule Klause. Gegen die Tätigkeit der unabhängigen Volksbeauftragten hatte sich schon lange vor den Kämpfen um Marstall und Schloß eine heftige Opposition in der eigenen Partei entwickelt. Die wütenden Angriffe der „Roten Fahne“ auf Emil Barth, Dittmann und Haase, denen sie alle Grade der Charakterlosigkeit, Ehrlosigkeit und Infamie nachsagten, hatten Anhängererschaft gefunden. Die revolutionären Obleute hatten ein Ultimatum erlassen, daß sie aus der U.S.P. austreten würden, wenn die Unabhängigen noch länger in der Regierung blieben. Auch stand die Aufstellung der Kandidaten zur Nationalversammlung bevor, und es war gewiß, daß sich für Leute, die in der Regierung saßen, bei den Unabhängigen kaum eine Hand erheben würde. Die Unzufriedenheit der auf rein agitatorische und demagogische Schlagworte eingefuchsten unabhängigen Massen mit ihren Vertretern trat noch deutlich zutage, als die Kandidaten wirklich nominiert wurden. Haase erhielt 50 Stimmen weniger als Eichhorn, der die Spitze der unabhängigen Liste zierte. Dittmann und Barth sind bekanntlich überhaupt nicht in die Nationalversammlung entsandt worden, ebenso wenig irgendein anderes unabhängiges Regierungsmitglied. Sechebour, Däumig und Leichenmüller weigerten sich, auf einer Liste mit dem kompromittierten Haase zu kandidieren. Und hätte er damals noch in der Regierung gesessen, so wären vielleicht diese drei auf die Liste gekommen, aber Haase hätte sich die Nationalversammlung von draußen ansehen können.

So mußten die Unabhängigen schnellig aus der Regierung heraus. Der Fall der Volksmarinedivision, der angeschnitten worden war durch den unabhängigen Finanzminister Simon, bot ihnen dabei die erwünschte Gelegenheit, sich als die wahren Volksfreunde und Antimilitaristen aufzuspielen. Seit dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung wurde ihre Sprache von Tag zu Tag ungestümer und gewalttätiger, näherten sie sich immer mehr den Kommunisten. In den letzten Dezembertagen fand deren erster Parteitag statt und Kadel forderte im Auftrage der russischen Sowjetregierung die deutschen Proletarier auf, die Ebert-Scheidemanns zu verjagen und an ihre

Stelle eine „wirklich“ revolutionäre Regierung zu setzen, die im Bunde mit Rußland dem Ententeimperialismus in neuem Krieg am Rhein entgegenträte. Kampflust und Waffenfreude waren damals die bezeichnenden Merkmale der Kommunisten und Unabhängigen.

Nach dem Austritt der Unabhängigen aus der Reichsregierung hatten auch die unabhängigen Minister in Preußen ihre Ämter niedergelegt. Die neue Regierung, in der nur die Mehrheitssozialisten vertreten waren, enthob sofort den Polizeipräsidenten Eichhorn seines Amtes wegen seiner Verfehlungen am 24. Dezember und vieler anderer Unregelmäßigkeiten. Zentralrat und Volkzugsrat bestätigten die Absetzung. Trotzdem weigerte sich Eichhorn zu gehen; er gab die Erklärung ab, daß er sein Amt von der Revolution habe und nur der Gewalt weichen würde. Die Regierung schritt zu solcher Gewaltanwendung zunächst nicht. Aber die Unabhängigen warteten das auch nicht mehr ab, sondern schlugen ihrerseits los.

VII. Der große Januarputsch.

Am 5. Januar, einem Sonntag, fanden im Tiergarten große Demonstrationen statt, die von den Kommunisten, den revolutionären Obleuten und dem Berliner Zentralvorstand der Unabhängigen inszeniert waren. Sie galt einmal der Forderung nach Freilassung der jüngsten Jahrgänge aus dem Heeresdienst, sodann dem Protest gegen die Absetzung Eichhorns. Die Teilnehmer an den Umzügen waren, wie gewöhnlich, schwer bewaffnet. Sie zogen vor das Polizeipräsidium, wo Liebknecht, Ledebour, Däumig und Eichhorn Ansprachen hielten, und von dort nach dem „Vorwärts“ und anderen Zeitungsgebäuden. Der „Vorwärts“ war am zweiten Weihnachtsfeiertag schon einmal von den Kommunisten und Unabhängigen besetzt worden, damals aber gab man ihn unter demütigenden Bedingungen auf dem Verhandlungswege wieder frei. Jetzt wurden „Vorwärts“, Moisse, Ullstein, Bärenstein und viele andere Zeitungsunternehmen besetzt und zugleich einige Regierungsgebäude wie Garde-Pionier-Kaserne, Probiantamt, Eisenbahndirektion, Schlesiener Bahnhof und Reichsdruckerei eingenommen. Alle diese Aktionen wurden von Unabhängigen und Kommunisten gemeinsam durchgeführt. Der Zentralvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie hielt sich zwar zurück, aber ihr Berliner Zentralvorstand war in vollem Umfange mitbeteiligt.

Die Regierung konnte mangels jedweder militärischer Macht gegen diese Gewalttaten nichts unternehmen. Diese vollständige Ohnmacht der Regierung ist außerordentlich charakteristisch. Wären die mehrheitssozialistischen Minister wirklich auf Bürgerkrieg und Bruder mord ausgegangen, dann hätten sie natürlich beizeiten für ein gutes und zuverlässiges Instrument des inneren Kampfes gesorgt. So aber hatten sie in der Hoffnung auf die vernünftige Einsicht der Arbeitermassen nicht die geringsten Machtmittel vorbereitet. Gegen die Überwunden der Aufständischen konnte zunächst nicht der schwächste Gegenstoß geführt werden.

Diese Sachlage gab den Unabhängigen und Kommunisten die Zuversicht, daß sie am nächsten Tage mit ihren bewaffneten Scharen die Regierung vollständig stürzen können. In der Nacht vom 5. zum 6. Januar bildeten sich im Marstall Revolutionsausschüsse, ein großer von dreißig und ein kleiner von fünf Mitgliedern, letzterer bestehend aus Liebknecht, Ledebour, Pieck, Scholze und Nowakowski. Sie erklärten die Regierung Ebert-Scheidemann für abgesetzt und bereiteten sich selbst auf die Übernahme der Regierungsmacht vor. So schickten sie z. B. am 6. Januar etwa 300 Bewaffnete mit folgendem Befehl nach dem Kriegsministerium:

Kameraden! Arbeiter!

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuß, der Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige sozialdemokratische Partei und kommunistische Partei), für abgesetzt erklärt.

Der unterzeichnete Revolutions-Ausschuß hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.

Kameraden! Arbeiter!

schließt Euch den Maßnahmen des Revolutions-Ausschusses an.

Berlin, den 6. Januar 1919.

Der Revolutions-Ausschuß.

l. B. Ledebour. Liebknecht. Scholze.

(Eigenhändige Unterschrift) Paul Scholze. Liebknecht.

l. B. des augenblicklich abwesenden Ledebours

Liebknecht.

Für den Fall der Weiterung wurde ein Sturmangriff auf das Kriegsministerium in Aussicht gestellt.

Die Regierung hatte inzwischen die ungeheuerere Gefahr erkannt, in der sie schwebte, und ihre Gegenmaßnahmen getroffen. Der Berliner Stadtkommandant Alfons Fischer war bei einem Besuch im Marstall durch Liebknecht dort festgesetzt worden, weil er beobachtet hatte, was der Generalfstab der Unabhängigen trieb. Die Zumutung, durch Uebertritt zu den Aufständischen die Freiheit und den Kommandantenposten zu erkaufen, lehnte Fischer standhaft ab. Die Volksbeauftragten hatten aber inzwischen mit Zustimmung des Zentralrats dem Volksbeauftragten Gustav Noske außerordentliche Vollmachten zur Unterdrückung des Aufstands gegeben. Noske verlegte seinen Sitz nach Dahlem und zog dort zuverlässig regierungstreue Truppen zusammen.

Ehe diese aber hätten eintreffen können, wäre die Regierung längst mit Gewalt beseitigt worden, wenn nicht die Berliner Arbeiterschaft sie geschützt hätte. Der Partei standen in jenen Tagen nur noch wenige versteckte Winkeldruckereien zur Verfügung, und das Verteilen von Parteiflugblättern war mit Lebensgefahr verbunden. Trotzdem gelang es der Regierung, bereits in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Arbeiter Berlins zu Zehntausenden aufzurufen, daß sie sich zum Schutze der Regierung auf dem Wilhelmplatz und in der Wilhelmstraße

versammeln sollten. Dort standen die mehrheitssozialistischen Arbeiter wie eine Mauer den Montag und den Dienstag hindurch und schützten die Regierung mit ihren bloßen Leibern, ein lebendiger Wall. Von Zeit zu Zeit kamen schwerbewaffnete unabhängige und kommunistische Heerzüge heran, prallten aber an der dichten Menschenmasse ab. Mehrfach warfen sie vor Wut schon im Laufe des Montags Handgranaten in die dichtgedrängte Masse der Parteigenossen. Duzende von diesen, Frauen und Männer, wurden getötet und verwundet. Die Tausende mußten ohnmächtig zusehen, wie ihre Gefinnungskameraden von den rasenden Radikalen hingeschlachtet wurden; sie konnten nur wehklagend die Leiber der Getöteten und Verwundeten beiseite tragen.

Schon am Montag nachmittag rief in dieser unwürdigen Lage einigen Parteigenossen die Geduld. Unter Führung des Verlegers Albert Baumeister drangen sie zu den Volksbeauftragten vor und forderten Waffen oder das Recht, sich solche zu holen. In stundenlangem Hin und Her verweigerte die Regierung es. Ohne Autorisation mußte die kleine Schar abziehen, sie eilte nach dem Waffenlager des Niedebarnimer Landratsamts, aber das hatten die Spartakisten bereits geplündert. Endlich gelang es ihnen, sich in einer Kaserne Waffen zu verschaffen. Sie besetzten den Reichstag und das Brandenburger Tor, waren aber noch so schwach, daß sie das Geräusch ausstrenken mußten, es seien Kommunisten, welche diese Gebäude eingenommen hätten, um auf diese Weise einen Angriff während der ersten vierundzwanzig Stunden zu verhüten.

Am Dienstag vormittag war die Menschenmasse, die vor der Reichszentrale auf und ab zog, in die höchste Erbitterung über diesen Zustand der Wehrlosigkeit geraten. Sie stellte der Regierung ein Ultimatum, entweder sofort Waffen herauszugeben oder zu gewärtigen, daß die Parteigenossen nach Hause gehen und sie ihrem Schicksal überlassen würden. Da endlich gab die Regierung nach und gestattete die Bildung von Freiwilligen-Formationen. Die erste dieser Formationen, das Regiment Reichstag, bestand aus etwa 5000 Männern, die sich sämtlich als organisierte Gewerkschaftler und Parteigenossen ausgewiesen hatten. Die Führung lag zunächst in den Händen eifriger und entschlossener Parteigenossen ohne besondere militärische Erfahrung wie die des Verlegers Baumeister, des Redakteurs Ruttner und des Buchdruckers Henl. Aber der Mangel an militärischer Führererfahrung bewog diese Truppe, sich vom Kriegsministerium einen Obersten als Führer zu erbitten, der dann auch das Kommando übernahm. Zahlreiche Unabhängige, die über das gewalttätige Treiben der Spartakisten und eines Teiles ihrer eigenen Parteigenossen empört waren, suchten um ihre Aufnahme in diesen Freiwilligenverband nach.

Aber natürlich war diese Truppe nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es stellte sich sehr bald heraus, daß die große Mehrzahl der Parteigenossen des Waffenhandwerks überdrüssig war, daß ihr der Menschenmord widerstrebe; aus den Parteigenossen allein ließ sich eine genügend feste und starke Schutzwehr gegen die Verächter der Demokratie, die Verfechter einer gewalttätigen Minderheitsdiktatur,

nicht bilden. Der Kampf wäre schon im Januar hart und sein Ausgang zweifelhaft gewesen, wenn nicht die Volksmarinedivision sich noch im Laufe des 6. Januar von dem ganzen Aufstandsversuch zurückgezogen hätte. Unter dem Einfluß des Leutnants Fischer, der bei den Matrosen in Haft saß, entfernte sie die Zivilisten aus dem Marstall, entzog Dörrenbach die Kommandogewalt und erklärte sich für neutral. Fischer selbst wurde in Freiheit gesetzt und nahm als Unterbevollmächtigter Roskes alsbald den aktivsten Anteil an der Niederwerfung des Putsches.

Durch diesen Umschwung wurde es den wenigen in Berlin vorhandenen Soldatenformationen, unterstützt durch einen Teil der republikanischen Sicherheitswehr, möglich, die meisten besetzten Gebäude im Laufe der Woche zurückzuerobern. Das Gebäude des „Vorwärts“ nahmen nach schwerem Kampfe unter starken Verlusten Potsdamer Truppen unter Führung des Majors v. Stefani. Von der Erbitterung der Kämpfe gibt die Tatsache eine Vorstellung, daß allein das parteigenössische Regiment Reichstag in dieser einen Woche über 60 Tote hatte, von denen es bei mindestens 15 die Feststellung traf, daß sie nach ihrer Gefangennahme ohne Pardon erschossen worden waren. Gerade gegen dieses aus Parteigenossen bestehende Freiwilligen-Regiment richtete sich die besondere Wut der Unabhängigen, und die „Freiheit“ überschüttete es mit den Vorwürfen, mit denen seither alle Regierungstruppen bedacht worden sind, warf ihm Gewalttätigkeiten, Rechtsmwidrigkeiten, Plünderungen, Mordlust und alles mögliche andere vor.

Vollständig gesichert war die Lage der Regierung erst, als am Sonnabend, den 11. Januar, Roske mit den ersten 3000 Mann seiner Truppen von Dahlem in Berlin einrückte und die Aufrechterhaltung der Ordnung mit übernahm. In der „Freiheit“ schrieb am 13. Januar, als die Unabhängigen und Kommunisten den Kampf für diesmal abbrachen, Karl Kautsky eine Generalkritik der sinnlosen Putschtaktik und sagte genau zutreffend vorher, jetzt sei der Militarismus zu neuem Leben erwacht, und das gerade durch die Schuld derjenigen, die ausgezogen wären, um ihn zu bekämpfen.

In der Tat setzte nun die allgemeine Freiwilligen-Werbung ein, und auch Bürgerliche, Studenten und Offiziere wurden nicht mehr ausgeschlossen. Es ist natürlich eine Lüge, daß diese die große Mehrheit der Freiwilligen-Verbände stellten. Eine Probestatistik hat ergeben, daß auch in der Garde-Kavallerie-Schützendivision zu drei Vierteln ausgesprochene Proletarier die Waffe tragen. Aber ein Unterschied wurde jetzt nicht mehr gemacht. Die Regierung, von der Gewalt bedroht, setzte der Gewalt Gewalt entgegen. Sie erfüllte damit ein Geheiß, das sich überall durchgesetzt hat, wo Bürgerkriege ausgefochten werden. Während der kurzen Schreckensherrschaft deräterepublik München rühmte die damals in Leipzig erscheinende „rote Fahne“ (Nr. 55), daß die rote Garde dort von sechs Stabsoffizieren befehligt werde. Auch die russischen Bolschewiki haben bekanntlich in ihrer roten Garde die Soldatenräte abgeschafft, die alten zaristischen Offi-

gere wieder mit den taktischen Aufgaben betraut und ihnen nur zur Ueberwachung einen politischen Kommissar der Regierung beigegeben. Auf diese Weise wurde aus Rußlands Noter Garde eine Kampftruppe von ansehnlichem Wert.

VIII. Neue Putsch und Verbrechen.

Seit den ersten Siegen der Regierungstruppen haben die Unabhängigen ihre Taktik geändert. Nach dem Siege der Revolution haben sie die Einigung abgelehnt, und der erste Groß-Berliner Parteitag der U. S. P. beschloß sogar, die Einigung der Sozialdemokratie könne gar nicht einmal diskutiert werden — nur Eduard Bernstein widersprach dieser herausfordernden Niederträchtigkeit. Aber als der Januarputsch am Scheitern war, gaben plötzlich dieselben Unabhängigen die Einigungsparole aus. Dabei verweigerten sie in den tagelangen Verhandlungen noch immer die bedingungslose Wiederherstellung der Pressefreiheit und nahmen das Gefindel in Schutz, das in dieser kritischen Woche im „Vorwärts“ und überall sonst gestohlen und geräubert hatte. Daß wir ihnen auf diesen Einigungsschwindel nicht hereingefallen sind, verzeihen sie uns nicht. Dabei liegt die Einigungsfrage so klar: die Wiederverschmelzung vollzieht sich von selbst an dem Tage, an dem die Unabhängigen das Erfurter Programm und seine demokratischen Grundforderungen anerkennen; an dem sie aufhören, die Volksvertretung des gerechtesten Wahlsystems mit wüsten Gewaltandrohungen zu gefährden. In der vereinigten Partei entscheidet dann die Mehrheit in jedem Falle über Marschrichtung und Führerschaft. Auf dieser Basis können wir noch heute zusammenkommen. Auf eine andere treten wir nicht — wir hörten dann auf Sozialdemokraten zu sein.

Trotz der unehrlich-heuchlerischen Einigungsphrasen gaben aber mit der Niederschlagung des Berliner Aufruhrs die Gewaltpolitiker der äußersten Linken ihre Sache keineswegs verloren. Unaufhörlich zettelten sie neue politische Streiks an, bald im Ruhrrevier, bald in Bremen, bald in Oberschlesien, bald in Mitteldeutschland. Schließlich wieder in Berlin und in München. Bei allen diesen Aufstandsversuchen wurde schonungsloser Terrorismus gegen alle Andersdenkenden verübt. In Düsseldorf wurde noch vor den Nationalversammlungen in einen friedlichen Umzug der Demokraten ein Bündel Handgranaten geworfen, der viele Menschenleben kostete. In Halle wurde der Befehlshaber der Regierungstruppen, Oberstleutnant Müller, halb tot geprügelt und dann in die Saale geworfen; alle seine Rettungsversuche wurden vereitelt, er wurde immer wieder in die Fluten zurückgestoßen, geschlagen und beschossen, bis er schließlich unterlief. In genau derselben Weise ist bekanntlich der sächsische Kriegsminister, Genosse Neuring, ein proletarischer Fabrikarbeiter, später Beamter des Fabrikarbeiterverbandes, in Dresden in der Elbe nach schußlichen Mißhandlungen ertränkt worden. In Reiz führte der Unabhängige Abgeordnete Windau die Mörderbanden, die über einen versprengten Offizier der Regierungstruppen herfielen und schlug, nach zwei Zeugen,

sogar als erster auf ihn ein. Auch dieser Offizier wurde furchterlich zugerichtet und schließlich für tot liegen gelassen. Als die rasende Menge erfuhr, daß er noch lebe und daß ein Heilgehilfe sich bemühte, ihn zu retten, holte sie ihn wieder aus dessen Wohnung heraus und schlug und trat ihn in barbarischer Weise vollends tot. Nach der Aussage eines Zeugen, der später die Leiche geborgen hat, sah der Mann nachher aus wie ein gehäutetes Kaninchen. Für den Abgeordneten Windau nahm die Unabhängige Sozialdemokratie die parlamentarische Immunität in Anspruch, die ihn vor jeder Strafverfolgung schützt. Und die Sozialdemokratie verschaffte sie ihm, weil sie lieber diesem dringend Verdächtigten eine Schonfrist zubilligen als die Unverletzlichkeit des Abgeordneten antasten lassen wollte. Andere Greuelmeldungen von spartakistischen Ausschreitungen haben sich nicht bewahrheitet. So insbesondere die anfangs sehr bestimmt auftretenden Mitteilungen über die Ermordung der Dichtenberger Polizeibeamten im März. Einige aufgeregte Entkommene hatten aus der Bedrohung schon die Tat gemacht. Einen Vorwurf daraus, daß sie diese Meldungen verbreitet hat, kann der sozialdemokratischen Presse nur ein Tölpel machen. Den Unabhängigen ist im umgekehrten Falle genau das gleiche widerfahren. Als die Erschießung von zehn Geiseln durch die Münchener Rätekomitees gemeldet wurde, erklärte die „Leipziger Volkszeitung“ die Nachricht für einen offenkundigen gemeinen Schwindel. Und am nächsten Tage mußte sie zugeben, daß es doch wahr gewesen ist.

Jeder neue Putschversuch führte zu neuen Freiwilligen-Verbänden. Wenn in weiten Gebieten der Eisenbahnverkehr stillgelegt wurde und ganze Provinzen dadurch in Gefahr gerieten, keine Lebensmittel mehr zu erhalten, mußte die Regierung einschreiten lassen. Sie konnte es nicht ruhig mit ansehen, wie total verrückt gewordene Verbrechernaturen mit Gewalt durchzusetzen versuchten, daß in den Bergbaurevieren die Kohlenarbeiten eingestellt würden. Dann wären die Gruben erschossen, und das deutsche Volk wäre jahrelang ohne Kohlen geblieben. Scheuten sich doch diese Wahnsinnigen nicht, an den Fördererichtungen Sabotage zu üben, während die Bergleute unten in der Grube waren, so daß 600 Mann in die größte Lebensgefahr gerieten. Gewalt erzeugt eben Gewalt und ist nach dem treffenden Worte des alten Liebtnecht stets ein reaktionärer Faktor. Allein die Reaktion ist es gewesen, welche aus den unaufhörlichen Putschversuchen neue Nahrung zog. Die Offiziere begannen sich wieder als Retter des Staates zu fühlen und erlaubten sich Uebergriffe, an die sie im November und Dezember nicht im Traum gedacht hätten.

Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildeten die Märzunruhen in Berlin. Noch ehe die Unabhängigen und Kommunisten den Generalstreikbeschluß durchgesetzt hatten, begannen dunkle Elemente am Alexanderplatz straßenweise die Läden auszuplündern und verkauften dann öffentlich an allen Straßenecken gestohlene Uhren, Kleider, Schmucksachen, Stiefel und alles mögliche andere. Statt aber mit dem Aufgebot aller Macht diesem Gefindel entgegenzutreten, gaben

ihnen die Unabhängigen und Kommunisten freies Spiel durch den Beschluß, den Generalkrieg auch auf Licht und Wasser auszudehnen. Ein wahrer Massenmordplan, dessen Durchführung das Verbrechertum zu Herren Berlins gemacht und Tausende von Kindern, Kranken und Greisen dem sicheren Verderben ausgeliefert hätte.

Die Ereignisse im März zeigten recht deutlich, daß ohne eine durchgreifende allgemeine Entwaffnung die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht wieder herzustellen war. Die Entwaffnung aber war wiederum nur möglich, wenn der verschärfte Belagerungszustand den Regierungstruppen die nötigen Vollmachten gab, sie durchzuführen. Die Aufhebung des Belagerungszustandes war die erste Tat der Revolutionsregierung gewesen. Die Schmach, daß nach vier Monaten Revolution der Belagerungszustand fast wieder zum Normalzustand geworden ist, trifft die, welche den freien Willen der Volksmehrheit nicht anerkennen wollen, welche nicht die Stimmzählung gelten lassen, sondern zur Gewalt greifen, um ihre Minderheitsansicht terroristisch durchzusetzen.

IX. Wert und Unwert der Regierungstruppen.

Die Regierungstruppen haben im Laufe der Kämpfe große und teilweise scheußliche Ausschreitungen verübt. Wir erinnern an die Ermordung von sieben Gefangenen im Januar in der Dragonerkaserne, an den Totschlag Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, an die Erschießung der Matrosen in der Französischen Straße im März und zahlreiche einzelne ungerechtfertigte Tötungen. Kein Sozialdemokrat, der nicht diese Barbareien aufs Schärfste verurteilt! Zu vermeiden waren sie nicht. Wer nach vier Jahren verrohenden Weltkrieges den Bürgerkrieg entseufelte, mußte damit rechnen, daß er zu den widerwärtigsten Unmenschlichkeiten führen mußte. Als der Leutnant Alfons Fischer in der Zeit seiner Gefangenschaft Karl Liebknecht dies genau vorher sagte, erwiderte dieser: „Hier entscheiden nicht Gefühle, sondern nur Tatsachen.“ Die Tatsachen haben gegen die Urheber der Gewaltakte entschieden.

Die Regierungen haben in jedem einzelnen Falle sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet. In der Zeit, als die Unabhängigen Volksbeauftragte waren, war die Entscheidung gefallen, die Militärgerichte nicht sofort zu beseitigen, sondern sie nur durch die Hinzuziehung von Personen aus dem Mannschaftsstande zu reformieren. Das erwies sich jetzt als ein schwerer Fehler. Denn trotz der Hinzuziehung „gemeiner“ Soldaten bewahrten die Militärgerichte ihren Charakter als Ausnahme- und Standesgerichte und ließen den schuldigen Soldaten und namentlich Offizieren mehr Nachsicht zuteil werden, als vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus wünschenswert gewesen wäre. Daß sobald wie möglich die vollständige Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit erfolgt, darüber hat die gegenwärtige Regierung nie einen Zweifel gelassen, in dieser Forderung ist die ganze Sozialdemokratie einig.

Auch politisch haben die Freiwilligen-Formationen mit ihrem vielfach reaktionären Offizierkorps aus der alten Zeit die stärksten We-

denken geweckt. Es sind Versammlungsfstörungen vorgekommen, die unverzeihlich sind, es sind Reden gehalten worden, die bei den Arbeitern die stärkste Empörung hervorrufen mußten. Eine ernsthaft reaktionäre Gegenwirkung gegen die Regierung hat sich indessen bisher niemand erlaubt, zu einem wirklichen Putzch von rechts ist es nirgends gekommen. Wird es wohl auch nicht kommen, wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt. Selbst diejenigen Offiziere, die mit aller Sehnsucht die Wiederkehr der militaristischen Hohenzollernzeit und ihrer vielfachen Vorrechte für das Offizierkorps herbeisehnen, sind sich wohl darüber klar, daß jede Auflehnung gegen den durch Abstimmung kundgemachten demokratischen Volkswillen sofort niedergeschlagen werden würde. Sie sind sich bewußt, daß auch der kleinste Versuch in dieser Richtung sofort alles Wasser auf die Mühlen der Reaktion leiten würde. Der Sieg der Bolschewiki war erst möglich nach dem Staatsstreichversuch des Kornilow. Ein deutscher Kornilow wird sich nicht finden. Die Regierung hält die Freiwilligen-Formationen, politisch und im Großen gesehen, fest in ihrer Hand.

Trotzdem hat auch die Regierung nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Truppen nur als ein notwendiges Uebel ansieht. Ein großes und höchst unbequemes Uebel, aber ein leider ganz notwendiges. Den Beweis dafür hat bis zur letzten Erschöpfung München erbracht.

Die ersten Putzche der Reaktion in Berlin, die schwerbewaffneten Demonstrationen richteten sich gegen eine Regierung, in der Unabhängige und Mehrheitssozialisten vereint saßen und insofern die Einheit der proletarischen Front verwirklicht war. Der große Aufstandsversuch im Januar zielt auf den Sturz einer rein sozialistischen Regierung. Danach mag man beurteilen, wie sehr die Lügen, die behaupten, daß das Blutvergießen erst durch die Hineinnahme bürgerlicher Elemente in die Regierung verschuldet worden sei.

In München hatte seit dem Siege der Revolution das Ministerium Eisner eine rein proletarische, rein sozialistische, unbedingt antimilitaristische Politik getrieben und dafür auch die Unterstützung der Mehrheitssozialisten gefunden. Trotzdem traten schon zu Eisners Lebzeiten die bewaffneten Kommunisten immer drohender und gewalttätiger auf. Als ein begenrierter Adliger Kurt Eisner ermordet hatte, ein brutales sinnloses Verbrechen eines einzelnen, veranstalteten die revolutionären Elemente noch am gleichen Tage in dem eben zusammengetretenen Landtag ein wahres Blutbad: Major Garreis und der Abgeordnete Osel blieben tot, Erhardt Uuer liegt noch immer schwer verwundet danieder. Der Mörder Alois Rindner und seine Mittäter sind bis heute weder verfolgt, noch gefast worden. Ebenso wenig wie die Mörder von Halle und die Urheber anderer spartakistischer Mordtaten. Es ist eben in revolutionär aufgeregten Zeiten bei Massenverbrechen nicht immer leicht, einzelne Schuldige festzustellen und ihrer Strafe zuzuführen.

Wenige Wochen nach diesen ersten blutigen Zwischenfällen stürzten die Kommunisten mit bewaffneter Hand die ganze reaktionäre Regierung Hoffmann. Diese mußte, da sie kein Vertrauen auf die

Einsicht der ganzen Bevölkerung absichtlich alle Schutzmaßnahmen unterlassen und die Ansammlung irgendwelcher militärischen Macht vermieden hatte, aus München flüchten. Es folgte ein kurzer Rätefasching, bei dem Frenthausler und Buchhäusler als angeblich kommunistische Hauptwortführer in München regierten, Welcher unter schlugen und unbeschreibliche Verwirrung im ganzen Staatswesen anstellten. Kennzeichnend für die Geistesbeschaffenheit dieser Machthaber war, daß sie zuerst die Polizeiakten, das Verbrecheralbum und die Merkmale zur Wiederauffindung flüchtiger Verbrecher vernichteten. Die bayerische Regierung aber, die durch den Kriegsminister Schnepenhorst noch acht Tage vor dem Kommunistenputsch die Freiwilligenwerbung verboten und Studenten hatte festnehmen lassen, die zur freiwilligen Reichswehr gehen wollten, mußte jetzt nicht nur selbst alle Bevölkerungsklassen zur Hilfe mit den Waffen aufrufen, sondern auch den von ihr hart befehdelten Reichswehrminister Noske um Unterstützung angehen. Diese wurde gewährt, und am 1. Mai 1919, dem Tage, an dem der Weltfeiertag der Arbeit zum erstenmal als deutsches Staatsfest gefeiert wurde, brach die Gewalt Herrschaft der Kommunisten und Unabhängigen in München schmachbedeckl. blutig zusammen. Die Regierungstruppen begingen aber auch dort dieselben Ausschreitungen, durch die sie sich andernwärts verhaßt gemacht hatten. So zeigt das Münchener Beispiel in klassischer Klarheit, wie die Gewalttätigkeit der Unabhängigen und Kommunisten die Freiwilligenverbände ins Leben ruft und wie diese Truppen nach ihrem ganzen Charakter und nach der natürlichen Wildheit des Bürgerkrieges dann weit über die Grenzen des Erlaubten ausschreiten. An dieser Entwicklung ist alles zwangsläufig, und die Schuld an Elend, Mord und Verbrechen trägt, wer den Bürgerkrieg ins Land zieht.

Um den bewaffneten Machtkampf zu vermeiden, gibt es nur einen Weg. Das ist die allseitige Anerkennung der Demokratie, die freiwillige Unterordnung aller Staatsbürger unter den Willen der Mehrheit. Wer den Grundsatz der Selbstregierung durch Mehrheitswillen aufhebt, der treibt unaufhaltsam dazu, daß über die Herrschaft im Staat durch bewaffnete Gewalt entschieden wird. Das ist dann der ewige Bürgerkrieg, und Bürgerkriege sind immer die grausamsten Meheleiten, am furchterlichsten aber nach virreinhaltbähigem, verbrohendem Bürgerkrieg. Nur die Partei der unbedingten Demokratie darf für sich in Anspruch nehmen, daß ihre Hände rein sind vom Bruderblut.

Die Regierung hat nur ihre Pflicht getan, wenn sie die große Mehrheit des Volkes vor der Vergewaltigung durch eine kleine terroristische Minderheit geschützt hat, die brutal vor keinem Mittel zurückschreckt. Seit der Belagerungszustand verhängt und eine gründliche Entwaffnung der gesamten Bevölkerung vorgenommen wurde, haben die mörderischen Straßenschlägen in ganz Deutschland aufgehört. Trotz wachsender Not und Unzufriedenheit, hervorgerufen durch den unbarmherzigen äußeren Feind und fälschlich aufs Konto der Regierung geschrieben, haben die Rutsche seit Mitte März sich nicht wiederholt.

Würden heute die Noskegarben aufgelöst, so würden morgen die Schießereien wieder beginnen, zunächst in kleinem Umfang, schließlich in noch viel fürchterlichem Ausmaß als im Januar und im März. Unabhängige und Kommunisten verwerfen zwar nach ihrem Programm vereinzelt und planlose Gewalttätigkeiten, aber die Diktatur, das Gewaltprinzip an sich haben sie nie mißbilligt, sondern ausdrücklich bekräftigt. Und praktisch haben sie jeden gewalttätigen Menschen in Schutz genommen, wenn er seine bewaffnete Brutalität nur mit einer revolutionären Phrase bemäntelte. Ist das schlimmste wirtschaftliche Elend überwunden, werden die deutschen Arbeiter, die an sich Gewalttaten verabscheuen, von selbst aufhören, den Lockrufen zu den Waffen zu folgen, und dann werden auch die Freiwilligen-Verbände ihre Rolle ausgespielt haben. Einstweilen sind die „Noskegarben“ so notwendig wie je, einstweilen ist nur ihre Reform durch schärfere politische Ueberwachung und Aufnahme sozialistischer Offiziere möglich.

Der Gedanke, an Stelle der Freiwilligen Volkswehren aus Arbeitern zu setzen, ist an sich sehr verlockend, aber im Augenblick undurchführbar. Solange die Arbeiterschaft in sich uneinig und zerrissen ist, so lange ist sie nicht imstande, geschlossene, zuverlässige Truppenkörper aus sich zu bilden. Es kommt hinzu, daß die Truppe als solche nicht politisieren darf. Der einzelne Soldat soll all die Rechte besitzen, die andere friedliche Staatsbürger in der Demokratie auch haben. Aber seine Waffe darf nur und muß unbedingt der Regierung zur Verfügung stehen, die vom Willen der Volksmehrheit eingesetzt ist. Eigene Politik des Militärs, sei es der Offiziere, sei es der Soldaten, ist Militarismus und deshalb rücksichtslos zu bekämpfen.

Unter diesen Umständen braucht trotz der unglaublichen Heße gegen die Regierungstruppen das Ministerium Scheidemann-Noske wegen seiner Haltung in den Militärfragen keine Kritik zu fürchten, wenn diese ehrlich und unbefangen geübt wird. Gewiß erhebt sich bei jedem Vergehen der Regierungstruppen gegen Gewaltpolitiker von links das Geschrei, die Regierung diene der Konterrevolution und wolle die Errungenschaften der Revolution vernichten. Aber das braucht Noske und seine Mitarbeiter wenig zu schecken. Sie mag das alte Wort des großen Dichters Konrad Ferdinand Meyer trösten:

„Ein weltbewegender Mensch hat zwei Ämter: er vollzieht, was die Zeit fordert, dann aber — und das ist sein schwereres Amt — steht er wie ein Gigant gegen den aufspritzenden Gisch der Jahrhundertz und schleubert hinter sich die aufgeregten Narren und bösen Buben, die mittun wollen, das gerechte Werk übertreibend und schändend.“

Nur wenn die Arbeiterklasse in ihrer großen Mehrheit sich geschlossen hinter diese Männer stellt und mit ihnen die Buben und Narren der Revolution niederhält, ist Deutschland wahrhaft reif zur demokratischen Freiheit und damit auf dem rechten Wege zum Sozialismus.

Alles mögliche Schlechte wird heute den Regierungstruppen angelastet. An der Lebensmittelnot soll ihre gute Verpflegung schuld

sein. Aber wenn jeder der 300 000 Koske-Gardisten das Dreifache der Normalration äße, würde dem deutschen 60-Millionen-Volk immer erst eine halbe Wochenration pro Jahr entzogen! Selbst den grausam-brutalen Ententefrieden legt man den Freiwilligen zur Last: sie hätten der Feinde Mißtrauen gegen das noch immer militärische Deutschland neu bestärkt. Aber die Entente fordert ja gerade im Versailler Friedensentwurf, daß Deutschland Freiwillige mit 12 bis 15jähriger Dienstzeit und nichts als solche Freiwilligen haben soll! Nein, alles Geschrei der Unabhängigen soll die Arbeiter nicht darüber täuschen, daß wir den Freiwilligen den Schutz und die Aufrechterhaltung von Ordnung und Freiheit verdanken. Als Haase noch in der Regierung saß, hat er zugestimmt, daß 2000 Mann zuverlässiger Truppen von Wilhelmshaven nach Berlin geholt würden. Und als in Düsseldorf die Kommunisten die Alleinherrschaft an sich gerissen hatten und Regierungstruppen einmarschierten, veröffentlichten die Düsseldorfer Unabhängigen einen Aufruf, jene kämen nur zum Schutze der Freiheit — die Arbeiterschaft solle sie gut aufnehmen!

Am Haß der Terroristen können die sozialdemokratischen Arbeiter ermessen, welche große Dienste uns trotz ihrer verdammenswerten Ausschreitungen die Regierungs-Freiwilligen erwiesen haben. Sie haben uns vor Vergewaltigung geschützt — wir werden sie vor Vergewaltigung zu schützen wissen. Wer will feige sein? Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann? Gerade weil wir Antimilitaristen und Demokraten sind, halten wir an den Koske-Garden fest. Mögen die Herren Gewaltanbeter von links mit der Abrüstung beginnen! Wenn sie wieder singen, daß sie nicht mit dem Rüstzeug des Barbaren, mit Spieß und Finte kämpfen, dann entwaffnen auch wir die Koske-garden. Bis dahin schützen sie die Demokratie gegen die Gewalt!